



## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
21.09.2016
- 3 Finanzieller Mehrbedarf Projekt- und Facilitymanagement für die  
Schiffbauergasse  
Vorlage: 16/SVV/0614  
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 4.1 Sitzungskalender 2017  
Vorlage: 16/SVV/0408  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
  - 4.2 Struktur der städtischen Gesellschaften in den Bereichen Vermarktung,  
Wirtschaftsförderung und Standortmanagement  
Vorlage: 16/SVV/0469  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
  - 4.3 Schiffsanlegestelle "Am Hinzenberg"  
Vorlage: 16/SVV/0476  
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
  - 4.4 Sauberheitskampagne in Potsdam  
Vorlage: 16/SVV/0493  
Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD
  - 4.5 Änderung der Geschäftsordnung des Gestaltungsrates der Landeshauptstadt  
Potsdam  
Vorlage: 16/SVV/0515  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
  - 4.6 Städtebaulicher Vertrag zur baulichen Entwicklung des Grundstücks Am  
Havelblick 8 (Alter Landtag)  
Vorlage: 16/SVV/0522  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
  - 4.7 Straßenbaubeitragssatzung  
Vorlage: 16/SVV/0527  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

- 4.8 Regelungen für den Beteiligungsrat im Rahmen der Verstetigung des Modellprojekts "strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam"  
Vorlage: 16/SVV/0540  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4.9 Jan Bouman Haus  
Vorlage: 16/SVV/0549  
Fraktion DIE LINKE
- 4.10 Wohnungstauschzentrale für Potsdam  
Vorlage: 16/SVV/0550  
Fraktion DIE LINKE
- 4.11 Erhalt der Touristen-Information im Potsdamer Hauptbahnhof  
Vorlage: 16/SVV/0552  
Fraktion DIE LINKE
- 4.12 Aufsichtsrat für die Potsdam Marketing und Service GmbH  
Vorlage: 16/SVV/0553  
Fraktion DIE LINKE
- 4.13 Maßnahmenplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen  
Vorlage: 16/SVV/0564  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Bericht über den Fortgang der Gespräche bzgl. der Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Potsdam und Potsdam-Mittelmark  
Vorlage: 16/SVV/0520  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.2 Parkraumkonzept Campus Stadtverwaltung  
Vorlage: 16/SVV/0587  
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 5.3 Informationen über den Bau des Sport- und Freizeitbades Brauhausberg
- 5.4 Vorstellung von Ergebnissen bzgl. Verkehrsmonitoring für Potsdam gemäß Beschluss: 16/SVV/0368
- 5.5 Zeitplan Pfingstberg
- 6 Sonstiges

## Niederschrift:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.09.2016**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 18 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er vor, diese um folgende Informationen zu **erweitern**:

- Ergebnisse des Fachtages Integrationsgesetz
- Information zur Übergangslösung **Al-Farouk-Moschee**
- Spendensammelstelle in Potsdam-West.

Im Weiteren soll der Tagesordnungspunkt **4.7 – Straßenbaubeitragssatzung, DS 16/SVV/0527**, zurückgestellt werden, um den Ortsbeiräten Neu Fahrland und Golm eine Beratung zu ermöglichen. Am 30.11.2016 wird dieser Tagesordnungspunkt im Hauptausschuss wieder aufgerufen.

Im Weiteren bittet Herr Schüler, den Tagesordnungspunkt **4.2 – Struktur der städtischen Gesellschaften in den Bereichen Vermarktung, Wirtschaftsförderung und Standortmanagement, DS 16/SVV/0469**, zurückzustellen, da noch weiterer Beratungsbedarf besteht.

Herr Dr. Scharfenberg bittet um Informationen zu den Themen

- Stand der Ausschreibung Geschäftsbereichsleitung Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt sowie
- Zeitplan Pfingstberg.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Information zur Ausschreibung der Geschäftsbereichsleitung im nicht öffentlichen Teil der Sitzung einzuordnen und über den Zeitplan bezüglich des Pfingstberges nach dem Tagesordnungspunkt 4.6 zu berichten, da Herr Goetzmann die Sitzung dann verlassen muss.

Die so geänderte Tagesordnung wird **einstimmig bestätigt**.

Die **Niederschrift** des öffentlichen Teils der 45. Sitzung des Hauptausschusses vom 21.09.2016 wird mit 15 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

**zu 3      Finanzieller Mehrbedarf Projekt- und Facilitymanagement für die Schiffbauergasse**

**Vorlage: 16/SVV/0614**

Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein. Da kein Redebedarf besteht, wird diese zur Abstimmung gestellt.

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Bereitstellung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen i.H.v. 153.346,00 EUR in 2016 zur Deckung der von der ProPotsdam GmbH angezeigten finanziellen Mehrbedarfe zur Verwaltung von Liegenschaften in der Schiffbauergasse.**

**Hierzu wird in 2015 ein Haushaltsrest i. H. v. 153.346,00 EUR durch den FB 21 gebildet (nicht verbrauchte Mittel aus Mieten/BK an KIS).**

**Die Maßnahme bezieht sich auf das Produkt Nr. 28405 mit der Bezeichnung Standortmarketing Schiffbauergasse. Die Abweichung zum Planansatz wird durch das Produkt Nr. FB 21 Bezeichnung DK 2119/2619 Mieten an den KIS gedeckt.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

**zu 4      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 4.1    Sitzungskalender 2017**

**Vorlage: 16/SVV/0408**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Der Oberbürgermeister verweist auf die dazu vorliegenden Voten der Fachausschüsse und Ortsbeiräte, die im Einzelfall zu Problemen im Sitzungsablauf führen. So sollte denen vom Ausschuss für Bildung und Sport empfohlenen Terminverschiebungen vom 18.07.2017 auf den 11.07.2017 sowie vom 19.12.2017 auf den 12.12.2017 nicht entsprochen werden. Ebenso sei die Empfehlung, keine Sitzungen in den Schulferien zu planen, nicht in jedem Fall umsetzbar und könne dazu führen, dass Vorlagen erst nach 4 Monaten abschließend in der Stadtverordnetenversammlung beraten werden. Er betont, dass die Ausschussmitglieder über Stellvertreter verfügen und somit die Beschlussfähigkeit der Gremien auch gewährleistet sei.

Er stellt im Weiteren die einzelnen von den Ausschüssen empfohlenen Terminänderungen zur Abstimmung:

Ausschuss für Bildung und Sport:

**Abstimmung:**

- 10.01.2017: Termin bleibt im Sitzungskalender bestehen, **wird jedoch voraussichtlich entfallen**

keine Abstimmung

- 14.02.2017: **Verlegung** des Termins **auf den 21.02.2017**, des Weiteren soll hier eine **gemeinsame Sitzung des JHA und des Ausschusses für Bildung und Sport** erfolgen mit Stimmenmehrheit angenommen.
- 18.07.2017: **Verlegung** des Termins **auf den 11.07.2017** mit Stimmenmehrheit abgelehnt.
- 19.12.2017: **Verlegung** des Termins **auf den 12.12.2017** mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

**Ausschuss für Finanzen:**

**Abstimmung:**

*Das Büro der Stadtverordnetenversammlung soll grundsätzlich die Ferien von Ausschusssitzungen freihalten.*

mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

**Ausschuss für Gesundheit und Soziales:**

**Abstimmung:**

Die Sitzung am 10.01.2017 entfällt.

Die Sitzung vom 18.04.2017 wird auf den 25.04.2017 verschoben.

mit Stimmenmehrheit angenommen.

**Jugendhilfeausschuss:**

**Abstimmung:**

*Am 21.02.2017 wird eine zusätzliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses in den Sitzungskalender aufgenommen.*

mit Stimmenmehrheit angenommen.

**Rechnungsprüfungsausschuss:**

**Abstimmung:**

*Die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 02.11.2017 wird gestrichen.*

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Bezüglich der von den Ortsbeiräten vorgeschlagenen Termine wird den Ortsbeiräten Marquardt und Uetz-Paaren empfohlen, auch in den Monaten, in denen sie keine Sitzungen geplant haben, Termine vorzuhalten, um evtl. Überweisungen aus der StVV vor deren nächster Sitzung beraten zu können.

Dem Ortsbeirat Golm wird für die Sitzung am 16.11.2017 und dem Ortsbeirat Eiche für die Sitzung am 14.12.2017 - soweit dieser nicht eine Sitzung im Januar 2018 plant - empfohlen, diese so zu verschieben, dass evtl. Überweisungen aus der StVV vor deren nächster Sitzung beraten werden können.

Gegen den so geänderten Sitzungskalender erhebt sich kein Widerspruch.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2017 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihrer Fraktionen und Ausschüsse sowie weiterer Gremien.

**zu 4.2 Struktur der städtischen Gesellschaften in den Bereichen Vermarktung, Wirtschaftsförderung und Standortmanagement**

**Vorlage: 16/SVV/0469**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

**zurückgestellt**

**zu 4.3 Schiffsanlegestelle "Am Hinzenberg"**

**Vorlage: 16/SVV/0476**

Fraktion Bürgerbündnis-FDP

Der Oberbürgermeister verweist auf die vorliegenden Empfehlungen der Ausschüsse für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung sowie für Finanzen. Letzterer empfiehlt, den Beschlusstext um folgenden Satz zu ergänzen:

**Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im Januar 2017 vorzulegen.**

Der so ergänzte Beschlusstext wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob für den Schiffsanleger "Am Hinzenberg" eine leistungsstarke Landstromversorgung installiert werden kann und wie hoch eine Refinanzierung durch Erhöhung der Anlegegebühren wäre.

**Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im Januar 2017 vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>17</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmhaltung:	<b>1</b>

**zu 4.4 Sauberheitskampagne in Potsdam**  
**Vorlage: 16/SVV/0493**  
Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung am 06. Oktober 2016 über den Antrag beraten und diesen einstimmig zur Annahme empfohlen hat.

Herr Dr. Scharfenberg befürwortet die Umsetzung einer derartigen Kampagne. Der Antrag sei jedoch zu unverbindlich, so dass er vorschlägt, diese noch im Jahr 2017 zu starten.

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, betont, dass „irgendeine“ Kampagne sicher zu initiieren sei. Eine wirkungsvolle Kampagne stelle eine große Herausforderung dar und bedarf einer angemessenen und vernünftigen Abstimmung mit allen Beteiligten. Herr Finken verweist darauf, dass es eine diesbezügliche Abstimmung mit der Verwaltung mit dem Ergebnis gegeben habe, hier schrittweise vorzugehen und dem wollen sich die Antragsteller auch anschließen. Bis zum März 2017 sollte über die Möglichkeiten der Umsetzung informiert werden.

Herr Dr. Scharfenberg plädiert dafür, zumindest ein Ausgangssignal zu geben, auch wenn nicht alle Komponenten abgestimmt sind. Beginn 2017 kann sich z.B. auch auf den November beziehen.

Der Oberbürgermeister schlägt im Ergebnis der Diskussion vor, dass die Verwaltung prüfe, unter welchen Voraussetzungen schon im Jahr 2017 mit einer solchen Kampagne gestartet werden könne

Herr Jetschmanegg gibt zu bedenken, dass eine Kampagne bis zu Ende abgestimmt werden und feststehen müsse, wer diese finanziere, wer die Beteiligten seien und welche Ziele damit verfolgt werden.

Herr Finken ergänzt namens der Antragsteller den vorliegenden Beschlusstext um den Satz:

**Die Kampagne soll noch im Jahr 2017 beginnen.**

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Sauberheitskampagne in Potsdam zu initiieren.

Ziel der Kampagne sollte es sein, humorvoll und ohne erhobenen Zeigefinger für Sauberkeit unserer Stadt zu werben. Hierzu sind die verschiedenen Bereiche der Verwaltung (z. B. Abfall, Grünfläche, Ordnungsamt), die Potsdamer Wohnungsbauunternehmen sowie die stadt eigenen Gesellschaften als Beteiligte einzubeziehen.

**Die Kampagne soll noch im Jahr 2017 beginnen.**

Umsetzungsmöglichkeiten sind dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung im März 2017 zu berichten.



**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 17  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

**zu 4.5 Änderung der Geschäftsordnung des Gestaltungsrates der  
Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 16/SVV/0515**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt, diesem Antrag zuzustimmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Geschäftsordnung des Gestaltungsrates der Landeshauptstadt Potsdam, beschlossen am 07.04.2010 (10/SVV/0045), wird gemäß Anlage 1 geändert.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 14  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 4

**zu 4.6 Städtebaulicher Vertrag zur baulichen Entwicklung des Grundstücks Am  
Havelblick 8 (Alter Landtag)**

**Vorlage: 16/SVV/0522**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt, diesem Antrag zuzustimmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Dem Städtebaulichen Vertrag zur baulichen Entwicklung des Grundstücks Am Havelblick 8 (Alter Landtag) vom 29.06.2016 wird zugestimmt; die damit bewirkte Weiterentwicklung der Planungsziele aus dem Beschluss 14/SVV/0148 wird gebilligt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen.

**neu      Zeitplan Pfingstberg**

Herr Goetzmann verweist auf den Auftrag, bis November 2016 einen entsprechenden Zeitplan vorzulegen. Derzeit erfolgen noch die denkmalpflegerischen Planungen. In der kommenden Woche (42. KW) werde es eine große Abstimmungsrunde mit allen Beteiligten geben, so dass er hoffe, auf dieser Grundlage der Stadtverordnetenversammlung am 02.11.2016 eine entsprechende Mitteilungsvorlage vorlegen zu können.

**zu 4.7      Straßenbaubeitragssatzung**

**Vorlage: 16/SVV/0527**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

**zurückgestellt**

**zu 4.8      Regelungen für den Beteiligungsrat im Rahmen der Verstetigung des Modellprojekts "strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam"**

**Vorlage: 16/SVV/0540**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und teilt mit, dass Herr Jonas (Sachbearbeiter WerkStadt für Beteiligung) und Herr Dr. Kessel (Mitglied des Beteiligungsrats) für Nachfragen zur Verfügung stehen. Gegen das vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Rederecht für Herrn Dr. Kessel erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Jetschmanegg bringt die Vorlage ein und betont, dass sich der Beteiligungsrat in seinen letzten Sitzungen sehr intensiv mit diesen Regelungen auseinandergesetzt habe und ein neu besetzter Beteiligungsrat im Januar 2017 erstmals tagen soll.

Auf die Nachfrage von Herrn Schüler, warum die Dauer der Amtsperiode von 3 auf 2 Jahre verkürzt werden solle, entgegnet Herr Dr. Kessel, dass das ehrenamtliche Engagement sehr hoch sei und sich innerhalb der dreijährigen Amtszeit des derzeitigen Rates nach ca. 2 Jahren gewisse „Ermüdungserscheinungen“ bei den Mitgliedern gezeigt hätten. Außerdem werde von einer höheren Motivation ausgegangen, die geplanten Prozesse und Anliegen schnellstmöglich umzusetzen.

Frau Dr. Müller bestätigt als Mitglied im Beteiligungsrat diese Aussagen und schlägt eine im Beteiligungsrat am 11. Oktober 2016 befürwortete Änderung bezüglich des Alters für den Jugendsitz vor. Das bisherige soll von derzeit 21 auf 27 Jahre höhergestuft werden. (Ergänzung zum Punkt 1, erster Anstrich). Hintergrund sei, dass der Jugendsitz im Rahmen der derzeitigen Altersspanne nur sehr schwierig zu besetzen sei.

Herr Schultheiß spricht sich dagegen aus, da der Jugendsitz durch die Erhöhung des Alters ansonsten von bereits „Erwachsenen mit prägender Lebenserfahrung“ besetzt werde und dadurch die Sichtweisen von Jugendlichen nicht mehr präsent wären. Optional könnte das Alter erhöht werden, wenn in einem gewissen Zeitraum keine Jugendlichen (bis 21 Jahre) gefunden werden.

Frau Dr. Müller spricht sich dagegen aus, da eine dauerhafte Besetzung des Jugendsitzes in der jetzigen Amtszeit erst seit ca. 5 Monaten erfolgen konnte. Weiterhin werden Gruppen bis zum Alter von 27 Jahren nach dem KJHG und dem StGB als Jugendliche betrachtet und sei z. B. an Studenten gedacht. Der Oberbürgermeister äußert zur Erhöhung des Alters keine Bedenken.

Frau Armbruster schlägt vor, dass jede Fraktion einen Sitz im Beteiligungsrat erhält. Herr Jetschmanegg verweist darauf, dass die Sitzungen des Rates generell öffentlich sind und die vorgeschlagene Besetzung dem ursprünglichen Konzept widersprechen würde, dass Bürgerinnen und Bürger das Gremium mit einer Mehrheit besetzen sollen. Außerdem wäre der Rat von der Anzahl der Mitglieder höher besetzt als derzeit der Hauptausschuss.

Herr Finken plädiert dafür, dass die Fraktionen einen Sitz im Wechsel besetzen könnten. Hier, so der Oberbürgermeister, müssten sich dann die Fraktionen untereinander einigen.

Um dem entgegenzuwirken, wandelt Herr Finken den Vorschlag von Frau Armbruster ab und beantragt, dass zwei Vertreter der Stadtverordnetenversammlung im Wechsel der Fraktionen entsandt werden (Ergänzung zum Punkt 1, dritter Anstrich).

Frau Dr. Müller spricht sich ausdrücklich gegen diesen Antrag aus; bei einer Amtszeit von 2 Jahren sei es schwieriger in die Arbeit hineinzufinden und ein Bruch der Arbeitskontinuität zu befürchten. Darüber hinaus stelle sich die Frage, nach welchem Rhythmus der Wechsel der Stadtverordneten erfolgen soll.

Daraufhin bittet der Oberbürgermeister Herrn Finken, die Änderung zu präzisieren. Herr Finken unterstreicht seinen Vorschlag, denn aus seiner Sicht hätten die Vertreter der Fraktionen eher eine beobachtende Rolle und werde der derzeitige Rat von den Fraktionen SPD und DIE LINKE dominiert.

Der Oberbürgermeister beendet die Diskussion und stellt den Änderungsantrag von Herrn Finken zur Abstimmung. Der Änderungsantrag wird mit 14 Nein-Stimmen **abgelehnt**, bei 4 Ja-Stimmen.

Anschließend stellt er den Antrag einschließlich der Änderung zum Punkt 1, erster Anstrich „**27** Jahre „zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Der Beteiligungsrat hat 17 Mitglieder und wird für die Dauer von 2 Jahren gewählt.

Er setzt sich wie folgt zusammen:

- dreizehn Bürgerinnen und Bürger der Stadt Potsdam, davon eine/ein Vertreterin/Vertreter im Alter von 16 bis **27** Jahren,
- zwei Mitarbeiter/innen aus der Stadtverwaltung,
- zwei Vertreter/innen der Stadtverordnetenversammlung.

Die Besetzung erfolgt geschlechterparitätisch ohne Begrenzung. Die im Beteiligungsrat vertretenen Bürgerinnen und Bürger können freiwillig eine zweite Amtsperiode absolvieren. In diesem Fall entfällt das reguläre

Auswahlverfahren.

Darüber hinaus kann der Beteiligungsrat bis zu zwei Experten als zusätzliche Mitglieder berufen.

2. Der Beteiligungsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.
3. Die Amtsperiode des neuen Beteiligungsrates beginnt im Januar 2017; somit wird die Amtsperiode des derzeitigen Beteiligungsrates bis einschließlich Januar 2017 verlängert. Die erste Sitzung einer Amtsperiode bildet zugleich die letzte Sitzung der vorherigen Amtsperiode.
4. Die WerkStadt für Beteiligung unterstützt den Beteiligungsrat im laufenden Geschäft (insbesondere Vorbereitung, Protokollierung und Durchführung der Sitzungen).
5. Eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 25 Euro erhalten:
  - die dreizehn Bürgerinnen und Bürger der Stadt Potsdam und
  - die zu berufenden Experten.
6. Ein Sitzungsgeld in Höhe von 13 Euro erhalten:
  - die dreizehn Bürgerinnen und Bürger der Stadt Potsdam,
  - die zwei Vertreter/innen der Stadtverordnetenversammlung und
  - die zu berufenden Experten.
7. Der Beteiligungsrat legt der Stadtverordnetenversammlung jährlich einen Tätigkeitsbericht vor.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>13</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>5</b>

**zu 4.9**

**Jan Bouman Haus**

**Vorlage: 16/SVV/0549**

Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. Schröter erläutert die vom Ausschuss für Kultur und Wissenschaft verabschiedete Beschlussempfehlung in Form eines Prüfauftrags. Frau Dr. Magdowski, Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport, betont, dass die mit diesem Anliegen verbundenen finanziellen Mehraufwendungen in der Haushaltsplanung der kommenden Jahre berücksichtigt werden müssten.

Der Antrag wird in der vom Ausschuss für Kultur und Wissenschaft empfohlenen Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, ~~dafür Sorge zu tragen, dass~~ **zu prüfen, wie** der Jan Bouman Haus e.V. weiter bei der Erhaltung der öffentlichen Zugänglichkeit des Museums und bei der Grundfinanzierung unterstützt wird, indem der Vertrag mit der Landeshauptstadt Potsdam aus den 90er Jahren heutigen Gegebenheiten angepasst ~~wird~~ **werden kann**.

Über das Ergebnis der dazu zu führenden Gespräche ist die Stadtverordnetenversammlung bis Dezember 2016 zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

#### zu 4.10 **Wohnungstauschzentrale für Potsdam**

**Vorlage: 16/SVV/0550**

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein. Anschließend verweist der Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, Herr Schubert, auf den vom Ausschuss für Gesundheit und Soziales geänderten Beschlussvorschlag, der anschließend zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzepts der Landeshauptstadt zügig die Voraussetzungen für die Einrichtung einer Wohnungstauschzentrale für die Stadt zu schaffen.

Ziel soll dabei sein, ~~unter Regie~~ **gemeinsam mit** der Stadt und ~~bei~~ **unter** Beteiligung aller Wohnungsunternehmen und Beiräten ~~eine zentrale Anlaufstelle einzurichten~~ **ein Konzept zu erstellen**, mit ~~der~~ **dem** der Tausch von Wohnungen erleichtert und befördert wird.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im ~~Januar~~ **März** 2017 über den Stand zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**  
Zustimmung: **17**  
Ablehnung: **0**  
Stimmenthaltung: **1**

#### zu 4.11 **Erhalt der Touristen-Information im Potsdamer Hauptbahnhof**

**Vorlage: 16/SVV/0552**

Fraktion DIE LINKE

Dr. Scharfenberg bringt eine neue Fassung des Antrags ein. Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, betont, dass es wichtig sei, die Prüfung ergebnisoffen durchzuführen und er diese geänderte Fassung auch so verstehe.

Die von der Antragstellerin geänderte Fassung wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **im Prozess der Erarbeitung des Tourismuskonzeptes für die Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Touristen-Information im Hauptbahnhof erhalten werden kann.**

**Das Ergebnis der Prüfung ist mit dem Tourismuskonzept im Januar 2017 der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 4.12 Aufsichtsrat für die Potsdam Marketing und Service GmbH**  
**Vorlage: 16/SVV/0553**  
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt eine neue Fassung des vorliegenden Antrags mit folgendem Wortlaut ein:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Januar 2017 mit der Vorlage des Tourismuskonzeptes für die Landeshauptstadt Potsdam einen Vorschlag für die Bildung eines Aufsichtsrates für die Potsdam Marketing Service GmbH vorzulegen.*

Herr Heuer betont in seinen Ausführungen, dass die Gesellschaft einen Aufsichtsrat habe und die Einrichtung eines doppelten Aufsichtsgremiums Kosten verursache. Darüber hinaus stehe die Frage, ob dieses Ansinnen gesellschaftsrechtlich gedeckt sei. Er halte das Anliegen zum jetzigen Zeitpunkt für kontraproduktiv.

Ebenso spricht sich Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, gegen den Antrag aus. Das jetzt vorgeschlagene Anliegen könnte in die derzeitigen Prüfungen im Rahmen der Erarbeitung des Tourismuskonzeptes mit einbezogen werden.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt darauf hin folgende Fassung des Beschlusstextes vor, die zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 7. Dezember 2016~~ **im Januar 2017 mit der Vorlage des Tourismuskonzeptes für die Landeshauptstadt Potsdam einen Vorschlag vorzulegen, ob und wie** ~~zur Bildung eines Aufsichtsrates für die Potsdam Marketing und Service GmbH vorzulegen~~ **gebildet werden soll.**

**Abstimmungsergebnis:**  
Zustimmung: **17**  
Ablehnung: **0**  
Stimmenthaltung: **1**

**zu 4.13 Maßnahmenplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen**  
**Vorlage: 16/SVV/0564**  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Die Beschlussvorlage, so der Oberbürgermeister, werde vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr einstimmig zur Beschlussfassung

empfohlen.

Herr Frerichs (Bereichsleiter Wirtschaftsförderung) stellt in einer Power-Point-Präsentation die Bilanz des Gewerbesicherungskonzepts 2015/2016 dar und betont, dass die Gewerbeflächen vor allem in der Landeshauptstadt Potsdam sehr stark nachgefragt seien. Nur 10 % der Nachfragen könnten bedient werden, was das niedrigste Niveau seit Bilanzierung des Gewerbesicherungskonzeptes sei.

Anschließend stellt Herr Wollmann (Projektmanager Gewerbeflächenentwicklung) den Maßnahmenplan sowie die damit verbundenen 5 Handlungsfelder vor.

Der Oberbürgermeister unterstreicht nochmals die Darstellung der abgestuften Handlungsfelder und betont, wie wichtig und erfolgreich eine enge Begleitung potenzieller Investoren sei. Dies spiegle sich in den Medienberichten der letzten Tage wieder, dass nun endlich ein Investor für den ehemaligen Lokschuppen gefunden wurde. Dieser wolle nicht nur dieses Objekt sanieren, sondern mit weiteren Investitionen Arbeitsplätze in der Landeshauptstadt Potsdam schaffen.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die große Nachfrage gegenüber den verfügbaren Flächen und plädiert für eine stärkere Kooperation mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark. Da hier aus seiner Sicht zukünftig Reserven liegen, sollte die Landeshauptstadt Potsdam in dieser Richtung noch aktiver werden. Im Weiteren fragt er nach dem Entwicklungsstand der Standorte Kirchsteigfeld und der RAW-Halle.

Herr Frerichs teilt mit, dass es noch ausreichend Flächen in der Landeshauptstadt Potsdam gebe und schon jetzt eine gute Zusammenarbeit mit den Landkreisen Potsdam-Mittelmark und Havelland sowie der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel existiere. Können Investoren in Potsdam nicht bedient werden – hier gehe es schlussendlich auch um Steuereinnahmen – werden diese in's Umland vermittelt. Mit den genannten Gebietskörperschaften finden im Jahr mehrere Gespräche und Vermittlungen zur Ansiedelung von Gewerbetreibenden statt. Weiterhin teilt Herr Frerichs mit, dass sich im Stadtteil Kirchsteigfeld „etwas bewege“ und bezüglich der RAW-Halle Gespräche geführt werden.

Frau Armbruster bringt den Vorschlag ein, dass die Landeshauptstadt Potsdam in Gewerbeflächen investiert und diese nutzbar bereitstellt.

Der Oberbürgermeister verweist auf zahlreiche diesbezügliche Aktivitäten und darauf, dass man es hier in der Regel mit öffentlichen und privaten Eigentümern zu tun habe. Der Erwerb von Flächen sei mit Geld verbunden, das die Stadt aber nicht habe. Ziel sei es, Entwicklungen gemeinsam mit den Eigentümern anzustreben.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Der Maßnahmenplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen wird als Handlungsrahmen für die künftige Gewerbeflächenentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam bestätigt.
2. Der Maßnahmenplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen ist jährlich fortzuschreiben. Die Fortschreibung des Maßnahmenplans sowie die Berichterstattung über den Stand

Umsetzung der Maßnahmen wird künftig mit der jährlichen Bilanzierung zum Gewerbeflächensicherungskonzept zusammengefasst.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 17  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

**zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1 Bericht über den Fortgang der Gespräche bzgl. der Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Potsdam und Potsdam-Mittelmark  
Vorlage: 16/SVV/0520**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Bezüglich der vorliegenden Mitteilungsvorlage führt Herr Dr. Scharfenberg aus, dass aus seiner Sicht nicht ernsthaft über eine gemeinsame Verkehrsgesellschaft diskutiert und eine interkommunale Zusammenarbeit angestrebt werde. Er wolle noch einmal dafür werben, der angestrebten Zusammenarbeit näher zu kommen.

Der Oberbürgermeister verweist seinerseits auf die unterschiedlichen Interessenlagen von Potsdam und Potsdam-Mittelmark. Trotzdem bedarf die Entwicklung von Verkehrskonzepten einer engen Abstimmung mit dem Umland und dies werde auch im Blick behalten.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.2 Parkraumkonzept Campus Stadtverwaltung  
Vorlage: 16/SVV/0587**

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Herr Kümmel bringt die Vorlage ein und betont, dass im Zuge der Bauarbeiten die Stellflächen auf dem Verwaltungscampus weiter minimiert werden. Außerdem werden die Regelungen zur Erlangung einer Einfahrtsberechtigung überarbeitet und dabei persönliche und dienstliche Belange berücksichtigt. Im Zuge dessen werde auch der Personalrat beteiligt.

Die Verwaltung sei bemüht, Maßnahmen zu ergreifen, um einen Teil der wegfallenden Stellflächen auszugleichen.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, wann mit Ergebnissen der Prüfung zu rechnen sei, merkt er an, dass es hier um eine zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern auszuhandelnde Vereinbarung gehe und ein entsprechender Entwurf dem Personalrat vorgelegt werde. Dies unterstreicht der Oberbürgermeister in seinen Ausführungen und betont, dass auch die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Teil des Veränderungsprozesses sein werden.

Frau Armbruster schlägt vor, dabei auch über kombinierte Job- und Parktickets nachzudenken.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Arbeit der Ehrenamtlichen nicht zu



unterschätzen sei und dies in die Verhandlungen mit einbezogen werden müsse.

Auf Nachfrage sagt der Oberbürgermeister eine Information über den aktuellen Stand noch vor Weihnachten im Hauptausschuss zu.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **zu 5.3 Informationen über den Bau des Sport- und Freizeitbades Brauhausberg**

Herr Müller-Zinsius informiert per visueller Darstellung über den aktuellen Sachstand und verweist auf den Termin der technischen Fertigstellung am 27. Januar 2017 und die Zielstellung, das Bad im Mai 2017 zu eröffnen. Er erläutert die Hintergründe für die entstandenen Verzögerungen und Budgetabweichungen, die aber keine Auswirkungen auf die Höhe der städtischen Zuschüsse haben werden.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

### **zu 5.4 Vorstellung von Ergebnissen bzgl. Verkehrsmonitoring für Potsdam gemäß Beschluss: 16/SVV/0368**

Bezug nehmend auf den Auftrag der Stadtverordnetenversammlung zu prüfen, ob, wie und zu welchen Bedingungen das "Verkehrsmonitoring Potsdam" verbessert werden kann, informiert Herr Becker, Bereichsleiter Verkehr und Technik, dass entsprechende Ergebnisse im III. Quartal 2017 vorliegen und vorgestellt werden können.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob darin auch die Ergebnisse bezüglich der Zeppelinstraße einbezogen werden, entgegnet er, dass die verkehrlichen Maßnahmen in der Zeppelinstraße ein Jahr getestet und evaluiert werden, so dass entsprechende Ergebnisse erst 2018 vorliegen können.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

### **zu 6 Sonstiges**

#### **Ergebnisse des Fachtages Integrationsgesetz**

Herr Schubert informiert, dass von ca. 90 Teilnehmern diskutiert wurde, wie Änderungen und Ergänzungen im Ergebnis der Verabschiedung des Bundesintegrationsgesetzes im Integrationskonzept der Landeshauptstadt vorgenommen werden müssen. Die Ergebnisse werden nunmehr von Frau Grasnick, Beauftragte für Integration und Migration sowie dem Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung bearbeitet und der Stadtverordnetenversammlung im Dezember das Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam vorgelegt.

Im Frühjahr 2017 sei die Integrationskonferenz geplant, die eigentlich schon hätte stattfinden sollen.

## Information zur Übergangslösung **Al-Farouk-Moschee**

Herr Schubert, Beigeordneter für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, informiert, dass für den zu klein gewordenen Gebetsraum in der Moschee eine Übergangslösung in der Orangerie der Biosphäre gefunden wurde, die zumindest bis zum kommenden Frühjahr genutzt werden könne. Allerdings könne dies keine langfristige Lösung sein, so dass man mit dem Land (die Förderung von Religionsgemeinschaften sei keine städtische Aufgabe) ins Gespräch kommen müsse.

Auf Nachfrage von Herrn Hohloch führt der Oberbürgermeister aus, dass die Erstattung der Betriebskosten angestrebt werde – allerdings müsse der Raum, da in der Biosphäre, sowieso eine Temperatur von 21 Grad aufweisen.

Herr Schubert verweist auf seine Ausführungen in der letzten Sitzung des Hauptausschusses, dass für die bis dato in der **Spendensammelstelle in Potsdam-West** tätigen Mitarbeiter eine arbeitsmedizinische Untersuchung veranlasst werde. Diese sei nunmehr erfolgt und es gebe keine Auffälligkeiten.

Im Weiteren informiert der Oberbürgermeister über die anlässlich der Reichspogromnacht mit Vertretern der jüdischen und christlichen Gemeinden Potsdams geplante städtische Gedenkveranstaltung am **09. November 2016**. In den letzten Jahren fand diese Veranstaltung immer um 18:00 Uhr am Standort der ehemaligen Synagoge statt und habe sich dieser Termin bei den Teilnehmern fest etabliert. Da am gleichen Tag um 17:00 Uhr auch eine **Sitzung des Hauptausschusses** stattfindet, sollte diese früher beginnen. Gegen seinen Vorschlag die Sitzung für **16:00 Uhr** einzuberufen und dies auf den Einladungen entsprechend kenntlich zu machen, erhebt sich kein Widerspruch.